

„Sie sollten sich schämen!“

hlz 9-10/2021, S. 28 ff:

„Gewalt an Schulen – Die Gründe liegen tiefer“

Unglaublich, zu welchen „Schlussfolgerungen“ Herr Geffers in seinem Artikel kommt. Ich fasse zusammen: Die Schüler_innen der Ida-Ehre-Schule sind auf den Polizisten losgegangen, weil sie frustriert darüber sind, als Stadtteilschüler_innen nur 2te Wahl zu sein. Sie fühlen sich abgehängt, verfügen lediglich über eine eingeschränkte sprachliche Ausdrucksfähigkeit, leben mehr oder weniger von Hartz IV und dieser Frust, nein: diese Kränkung hinterlässt Spuren.

Also: Stadtteilschule = Hartz IV Elternhaus = Bildungsneid = Gewaltpotenzial.

Sie sollten sich schämen! Wie können Sie es wagen, überhaupt so zu reden?!

Das ist übelster Klassismus!

Dieser Text gehört aufs schärfste verurteilt!

Mein 15-jähriger Sohn ist aktuell Schüler an der Ida-Ehre-Schule, ich selbst war in den 90ern auf dem Kaifu. Das Kaifu Gymnasium hatte zu diesem Zeitpunkt den Ruf, eine „Zecken“-Schule zu sein. Es galt als ultralinks. Dem war im Detail nicht so, aber in Masse kam das schon hin. Ich selbst trug Springerstiefel (mit roten Schnürsenkeln selbstverständlich), ging nie ohne mein Palituch aus dem Haus, meine Kleidung hatte Löcher, ich war in der Antifa und bei der schuleigenen Amnesty Gruppe aktiv. Ich war (und blieb!) links. Mir scheint es manchmal, dass diesen Ruf, ultralinks zu sein, heute die Ida-Ehre-Schule hat.

Und, wir erinnern uns: da war doch was mit der AFD vor ein paar Jahren und einigen Aufklebern im Kunstunterricht? Damals hat sich die HLZ hinter die Ida-Ehre-Schule gestellt. Warum nicht auch jetzt?

Am letzten Wochenende (18./19. September) gab es einen Artikel in der taz, der aus der Sicht eines Schülers erzählt, was an diesem Tag im August vorgefallen ist. Dieser Artikel ist allemal lesenswerter und auch besser recherchiert als das, was ein Mensch auf dem Rad im Vorbeifahren zu erkennen glaubt, nämlich: welches Kind zu welcher Schule gehört (!).

Das Problem, dass die Ida-Ehre-Schule hat, ist meines Erachtens, die einzige Stadtteilschule

in der Umgebung von drei Gymnasien zu sein. Mir scheint, dass nicht die Stadtteilschüler_innen neidisch auf die Gymnasiast_innen sind, sondern eher diese auf die Ida-Ehre-Schüler_innen herabschauen wollen und sich für etwas Besseres halten. Warum ist das eigentlich so? Das frage ich mich.

Vor ein paar Jahren waren die, auf die wir herabblicken konnten (s.o. – Kaifu/Eimsbüttler Modell, ich nehme mich da nicht aus...), noch die Schülerinnen und Schüler der Förderschule Astrid Lindgren. Doch die ist nun geschlossen. Nun sind es eben die Schülerinnen und Schüler der Ida-Ehre-Schule (nicht im Detail, aber in der Masse). Und noch etwas zur Zusammensetzung der Elternhäuser: Abgesehen davon, dass auch Akademikereltern ganz bewusst entscheiden können, ihr Kind gemäß der Grundschulempfehlung auf die Schule zu schicken, die dem Lernniveau und auch dem Lerntempo ihres Kindes am ehesten entspricht (zu Erinnerung: auch auf einer Stadtteilschule besteht die Möglichkeit, das Abitur zu machen; man hat sogar ein Jahr mehr Zeit), muss es doch nun wirklich nicht das höchste Ziel sein, unbedingt Abitur zu machen. Warum ist das eigentlich so? Ein guter Erster oder Mittlerer Schulabschluss mit anschließender solider Berufsausbildung kann auch zu einem erfüllten Leben führen. Das ist doch völlig in Ordnung und absolut legitim. Wir brauchen doch Handwerker_innen, Erzieher_innen, Pflegekräfte usw.

Doch zurück zur Elternschaft: Die Ida-Ehre-Schule ist als Stadtteilschule verpflichtet, in der 7ten Klasse die Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, deren Noten für das Gymnasium nicht mehr ausreichen. Die Schülerinnen und Schüler also, deren Eltern (meist...) auf Teufel komm raus ihre Kinder aufs Gymnasium quetschen, weil sie genau von derselben 2te Wahl-Mentalität gebrainwashed wurden wie Herr Geffers.

Die Bildungshintergründe der Eltern sind also vielfältiger, als es auf den ersten Blick erscheint, genauso wie die Schülerschaft – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – weitaus vielfältiger ist, als es dem vorbeiradelnden biodeutschen Gutmenschen in den Sinn kommt. Und dass ich das

DEBATTE 1

an dieser Stelle und in einer von Lehrerinnen und Lehrern gelesenen Zeitung als Reaktion auf einen dermaßen arroganten Artikel überhaupt betonen muss, DAS zeigt doch, wie gespalten unsere Gesellschaft tatsächlich ist.

Und – und das sei an dieser Stelle auch einmal gesagt –: die Reaktion der Schulleitung in einen Satz zu packen mit der Reaktion des Elternrates ist ein Witz! Die Schulleitung hat sich NICHT hinter die Schüler_innen gestellt. Das hätte sie tun müssen! Sie hat die Schüler_innen von Anfang an verurteilt und DIE kamen nicht zu Wort. Die Schüler_innen haben nicht gegafft. Sie wollten einem am Boden liegenden Kind helfen, dass im brutalen Griff eines Erwachsenen um Hilfe geschrien hat!

Die Schüler_innen haben Courage gezeigt! Sie haben gefilmt, um einen Beweis zu haben. Sie hatten Angst!

Erst das Insistieren des Elternrates führte zu einer differenzierteren Sichtweise auf das Geschehen. Die strukturelle Gewalt, von der Herr Geffers sprach, existiert also schon. Zurzeit zeigt sie sich in der Unfähigkeit einer Schulleitung im Umgang mit einem Gewaltvorfall.

MONIKA ARTHUS*

* * *

Unbequeme Wahrheiten

Guten Tag Frau...

Ihre Kritik trifft mich bis ins Mark! Meine Antwort kommt deshalb etwas verzögert, weil ich diese erst einmal verdauen musste. Nichts lag mir ferner, als die Kinder und Jugendlichen in der Weise zu stigmatisieren, wie Sie es empfunden haben. Seit über 20 Jahren verantworte ich die hlz. Mein Hauptanliegen war und ist, die Ungerechtigkeit, die unser gegliedertes Schulsystem mit sich bringt, immer wieder an den Pranger zu stellen. Meinen Versuch, den benannten Gewaltvorgang an der Ida-Ehre-Schule auf diese Ursache zurückzuführen, muss ich als gescheitert ansehen, wenn ich Ihre Kritik annehmen wollte. Das kann ich aber nicht, weil ich nach wie vor der Meinung bin, dass die strukturelle Gewalt, die das gegliederte Schulwesen in Deutschland kennzeichnet und von der auch Sie sprechen, einer der Hauptgründe für die zunehmende soziale Spaltung in unserer Gesellschaft ist. Ich habe in diesem Zusammenhang den Begriff „Brandbeschleuniger der sozialen Segregation“ geprägt.

Ja, ich habe die Reaktion der Schüler_innen bezogen auf das polizeiliche Handeln benutzt, um nicht zu sagen: instrumentalisiert, um auf mögliche Ursachen hinzuweisen. Ein für mich wesentliches Element dabei ist die Beschämung der Kinder, wenn sie nach vier Jahren Grund-

schule erfahren, dass sie nur Zweite Wahl sind. Das so etwas nicht folgenlos bleibt, versteht sich von selbst, genauso wie die von mir genannten Annahmen nicht für alle Kinder gleichermaßen gelten, sondern nur als Möglichkeit gesehen werden können.

Dabei bin ich ganz Ihrer Meinung, und dies habe ich im Aufzeigen der widersprüchlichen Berichterstattung versucht darzustellen, dass die Medien, allen voran das Hamburger Abendblatt, versucht haben, den Vorfall für ihr bürgerliches, in weiten Kreisen konservatives Klientel zu instrumentalisieren. Schließlich zählt Auflage – auf welche Kosten dies geht, scheint sekundär.

Solange ich meine Kritik am gegliederten Schulsystem in der oben beschriebenen Form allgemein gehalten habe, gab es hierzu keinerlei Protest oder Widerspruch aus dem Lager, dem wir politisch wahrscheinlich gemeinsam nahestehen. In diesem Fall war mir bewusst, dass ich einen Schritt weitergehe, indem ich das Abstrakte konkretisiert habe. Ich wollte aufzeigen, welche Auswirkungen diese Politik des Trennens ganz konkret mit sich bringen kann.

Im Übrigen fühle ich mich in meiner Annahme zur Entwicklung eines Wir-Gefühls, das jeweils ein nach oben- oder unten-Blicken bedeuten kann, durch Ihre Schilderung aus Ihrer eigenen Schulzeit bestätigt. Wenn Sie schreiben, dass Sie als Gymnasiastin auf die Sonderschüler_innen der Astrid-Lindgren-Schule herabgeblickt haben, so wollte ich doch genau dies über das Verhältnis von Gymnasial- zu Stadtteilschüler_innen zum Ausdruck bringen.

Was mein Vorbeiradeln angeht, so möchte ich abschließend dann doch noch bemerken, dass mein Blick nicht ganz so naiv ist, wie Sie annehmen. Als jemand, der 20 Jahre in einem sozialen Brennpunkt mit benachteiligten Jugendlichen gearbeitet hat, weiß ich, wovon ich spreche. Im Übrigen geht mein Sohn wie Ihrer auf eine Stadtteilschule!

Trotz aller Verteidigung meiner Position, die ich bis hierhin vorgenommen habe, muss ich natürlich überdenken, ob das, was ich als ‚Aufzeigen unbequemer Wahrheiten‘ bezeichne, der richtige Weg ist, um die Debatte über soziale Benachteiligung voranzubringen oder weitergehend: ob meine Position so unangreifbar ist, wie es mir scheint. Letztendlich danke ich Ihnen für Ihren Brief, weil er mit dazu beiträgt, unseren gemeinsamen Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit voranzubringen. In diesem Sinne schließe ich mit solidarischen Grüßen

JOACHIM GEFFERS

*Pseudonym, der Klurname ist der Redaktion bekannt

Überrascht

Guten Tag Herr Geffers,
ich habe nicht damit gerechnet, dass Sie mir persönlich antworten und war daher etwas überrascht, von Ihnen zu hören.

Ich habe ja einen Leserinnenbrief geschrieben und hatte gehofft, dass mein Text zumindest in gekürzter Form in der HLZ erscheinen kann.

Ich ging ehrlich gesagt davon aus, dass einige Menschen mit Ihrem Artikel so nicht einverstanden sind. Offensichtlich ist das nicht der Fall. Diesen Eindruck erweckt jedenfalls Ihre Antwort, da Sie sich, und das verdient meinen Respekt, in den für Sie wichtigen Kritikpunkten meines Leserinnenbriefes mit diesem auseinandergesetzt haben. Ich gehe jedoch nicht davon aus, dass Sie die Abende damit verbringen, aufgebrauchten Leser_innen zu antworten.

Inhaltlich kann ich auch an Ihrer Antwort einiges kritisieren, doch möchte es mit Verlaub an dieser Stelle und mit unseren verschiedenen Sichtweisen auch einfach mal dabei belassen. Sie haben einen anderen Blick auf dieselben Dinge (auch ich habe im Brennpunkt gearbeitet – das nur nebenbei), sind genauso wie ich aus Überzeugung Gewerkschaftsmitglied (das kann ich wohl annehmen), unsere Kinder werden beide von derselben Schulform beschult. Und ich bin mir sicher, dass da noch mehr Überzeugung sehr ähnlich, wenn nicht sogar gleich sind zwischen uns.

Grundsätzlich ist es wichtig, in die Auseinandersetzung zu gehen. Kritik muss in dieser Gesellschaft möglich sein, darf jedoch nicht persönlich verletzen – und ich fürchte fast, das habe ich getan.

Ich habe mich sehr über Ihren Artikel geärgert und habe Sie, dass weiß ich, als biodeutschen Gut-mensch bezeichnet. Damit wollte ich Sie schon verletzen und dafür entschuldige ich mich! Das war nicht in Ordnung von mir.

Auch Ihnen schicke ich solidarische Grüße. Ich verstehe Ihren Kampf und bin da auch ganz bei Ihnen, denke nur, dass ein zweigliedriges Schulsystem (jetzt mache ich es doch – tut mir leid, ich kann nicht anders) nicht die Ursache der Krankheit, sondern vielmehr ein Symptom ist.

MONIKA ARTHUS

* * *

Auftakt zur Diskussion?

Guten Morgen Frau...,
vielen Dank für Ihre Antwort! Auch ich möchte die inhaltliche Auseinandersetzung an dieser Stelle nicht weiterführen (Nur so viel: Ihrem letzten Satz stimme ich voll zu!). Vielleicht gelingt es uns ja sogar, dazu eine Veranstaltung auf die Beine zu stellen. Dann hätte die ganze Sache noch mehr Sinn.

(...)

Viele Grüße JOACHIM GEFFERS

In der Hoffnung, die Diskussion um Bildungs-gerechtigkeit und Schulstruktur beleben zu können, sind Leserbriefschreiberin und Redaktion überein-gekommen, diesen Schriftverkehr zu veröffentli-chen. Den benannten Artikel ohne den technischen Fehler, wie er in der Druckausgabe passiert ist, findet sich unter: https://www.gew-hamburg.de/sites/default/files/download/hlz/magazin_gewalt_an_schulen_9-10-2021.pdf



Aus gewerkschaftlicher Sicht nicht unproblematisch

hlz 9-10/2021, S. 63: „Aus dem Furor ...“

Der Artikel scheint für die Strategie der GEW in Corona-Zeiten von grundsätzlicher Bedeutung zu sein. Deshalb einige Anmerkungen dazu:

1) Jüngste Studien in Großbritannien kamen zu

dem Ergebnis, dass der Schutz vor einer Infektion 90 Tage nach der zweiten Impfung mit Biontech/Pfizer bei 75 Prozent und bei Astrazeneca bei 61 Prozent liegt. Geimpfte infizieren sich also mit

einer Wahrscheinlichkeit von 25 bzw. 39 Prozent und verbreiten in diesem Fall die Viren genauso wie Ungeimpfte. Die genannten Prozentzahlen reichen nicht aus, um eine Herdenimmunität mithilfe einer Impfkampagne herzustellen. So kommt selbst Dr. Drosten zu dem Ergebnis, dass eine Herdenimmunität mithilfe der Impfung nicht erreichbar sei und rät gerade aus diesem Grund zu einer Impfung, weil niemand darauf hoffen könne, durch die Herdenimmunität geschützt zu werden, aber durch eine Impfung vor einem schweren Verlauf der Erkrankung besser geschützt sei.

Die Impfung ist für die meisten Erwachsenen also durchaus sinnvoll. Sie ist aber kein heldenhafter Schutz der Gemeinschaft, sondern reiner Selbstschutz. Bleibt das Argument von Joachim Geffers, Ungeimpfte würden durch ihr Risiko eines schwereren Krankheitsverlaufs der Gesellschaft höhere Kosten aufbürden. Ich warne vor der Stoßrichtung einer solchen Argumentation. Mit derselben Begründung könnte man Übergewichtige, Raucher- Alkoholkonsument-, Extremsportler_innen usw. aus den Solidarsystemen der Gesellschaft ausschließen, weil sie alle durch ihr Verhalten die Gesellschaft mit Kosten belasten. Das Ergebnis einer solchen Strategie wäre eine vollständige Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft. Die Gewerkschaften sollten derartigen Strategien, mit denen verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden, entgegenzutreten, statt sie zu befördern.

2) Es wäre wünschenswert, dass die Gewerkschaften auch in der gegenwärtigen Phase, in der der Kampf gegen die Pandemie die Wagenburgmentalität in der Gesellschaft befördert, nicht in eine reine Politik des Burgfriedens verfallen, sondern die Maßnahmen der Regierung kritisch begleiten. Denn unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung – (vgl.: ntv.de, fzö/rts, <https://www.n-tv.de/wissen/Studie-untermuert-Viruslast-Verdacht-article22751421>. html (Zugriff: 20.08.2021) 2 vgl.: RP-online, https://rp-online.de/panorama/coronavirus/christian-drosten-corona-impfquote-bietet-keinen-indirekten-schutz-fuer-ungeimpfte_aid-62236005 (Zugriff: 20.08.2021) wird zugleich – und vielleicht sogar in erster Linie – massive Industriepolitik betrieben. Betrachtet man die gegenwärtige Impfkampagne, so sehen wir eine permanente Ausweitung der Impfungen. Zunächst betraf es die Alten, dann alle Erwachsenen, dann Jugendliche, Kinder, Schwangere, dann gab es Zweit- und Drittimpfungen usw. Da zumindest bei Jugendlichen, Kindern und Schwangeren der Nutzen der Impfung im Vergleich zum Risiko äußerst umstritten ist (selbst die Ständige Impfkommision konnte nur unter erheblichem politischen Druck dazu gebracht werden, diesen Impfprogrammen zuzustimmen), geht es offensichtlich

nicht nur um eine Pandemiebekämpfung, sondern eher um Industriepolitik. Nach vielen Misserfolgen der Bundesregierung, das deutsche Kapital in den Zukunftstechnologien an die Weltspitze zu führen, hat man nun mit Biontech in der zukunftssträchtigen Pharmaindustrie endlich einen global player mit führender Technologie, den man mit allen Mitteln vorwärts pusht, um ja nicht wieder den Anschluss zu verpassen. Die permanente Ausweitung der Impfkampagne dient dann auch eher der Steigerung der Profitabilität der Pharmaindustrie und der Absicherung der Position von Biontech im internationalen Wettbewerb. Auch die Weigerung der Bundesregierung, die Patente für die Impfsen freizugeben, diene sicher nicht der weltweiten Pandemiebekämpfung, sondern den Interessen des deutschen Kapitals. Hier müssen sich die Gewerkschaften auf ihr zentrales Urthema, den Interessenkonflikt von Arbeit und Kapital, besinnen und ihn wieder in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Auch in diesem Sinne wäre die gegenwärtige Impfkampagne kritisch zu hinterfragen.

3) Aus gewerkschaftlicher Sicht ganz problematisch wird Joachim Geffers' Position, wenn er argumentiert, der Druck auf Ungeimpfte müsse (unter anderem auch mit finanziellen Mitteln) weiter erhöht werden. In der Logik dieser Argumentation müsste er auch den jüngsten Beschluss der Gesundheitsminister begrüßen, für Ungeimpfte die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle zu verweigern. Hier handelt es sich aber um einen unter dem Deckmantel angeblicher Pandemiebekämpfung vorgetragenen fundamentalen Angriff auf Arbeitnehmerrechte. Und so haben dann auch z.B. die Vorstände von DGB und ver.di deutlichen Protest gegen diese Maßnahme angemeldet. Hier scheint das gewerkschaftliche Bewusstsein höher entwickelt zu sein als in Teilen der GEW. Das mag auch daran liegen, dass in der GEW viele Beamt_innen organisiert sind, die sich im Vergleich zu in der freien Wirtschaft Beschäftigten um eine Fortzahlung ihrer Bezüge wenig Sorgen machen müssen. Das kann sich bald ändern, wenn nach der Pandemie die durch die Pandemiebekämpfung aufgelaufenen Staatsschulden mithilfe von Sparprogrammen im Öffentlichen Dienst abgebaut werden.

Angesichts derartig vieler Unklarheiten und Irritationen in der GEW wäre eine breite Diskussion um die zukünftige Strategie wünschenswert, zu der dieser Artikel ein Aufruf ist.

THOMAS UWIS

Inhaltlich möchte ich an dieser Stelle nichts erwidern, außer, dass ich nicht die Strategie der GEW bestimme und auch meinen Einfluss auf diese eher als gering einschätze. Ich habe lediglich meine persönliche Meinung kundgetan. JG

„Natur des Virus-Geschehens“ verkannt

GEW vernachlässigt die Interessen der Kinder und Jugendlichen

in der so genannten Corona-Krise (*Rechtschreibung des Autors übernommen*)

Moin,

nach 49 JAHREN MITGLIEDSCHAFT beende ich hiermit schweren Herzens meine Mitgliedschaft in der GEW. Als Referendar trat ich 1972 in den Landesverband Berlin (-West) in die Gewerkschaft ein, organisierte sogleich den 1. Referendar_innenstreik mit, wechselte 1974 in die Bremer GEW und nach meiner Pensionierung in den Hamburger Landesverband.

Lange habe ich mit dieser Entscheidung gezögert. Seit gut 1 1/2 Jahren beobachte ich, wie die GEW_HH (Ähnliches gilt für den Bund) keinen akzeptablen Standpunkt findet zu CORONA. Der jüngste Kommentar von Joachim Geffers in der HLZ hat das Faß zum Überlaufen gebracht. J.G. und die Verantwortlichen in der GEW-HH vernachlässigen die Interessen der Kinder und Jugendlichen in der sog. „Corona-Krise“, weil sie bis heute kein Verständnis von der Natur des Virus-Geschehens und den Interessen der Pharmaindustrie gewonnen haben. Sie sehen nicht, daß die Impfkampagne und die sie begleitenden politischen Zwangsmaßnahmen zentraler Bestandteil einer umfassenden, weltweiten Kampagne zur Konsolidierung der Kapitalherrschaft und der Entfesselung eines neuen Akkumulationsschubs sind. Die frei vagabundierenden Finanzmittel (Casino-Kapitalismus) müssen ja irgendwo gewinnbringend angelegt werden.

Die Regierenden handeln in ihrem Auftrag, seit die bürgerliche Klassenherrschaft sich durchgesetzt hat. Das wird auch weiter so sein: Daß der Staat die Verwertungsinteressen des Kapitals schützt, indem er die dafür günstigsten Rahmenbedingungen schafft. Er schützt damit die von ihnen Profitierenden. Daß die Schere von Arm und Reich immer mehr auseinanderklafft, dürfte niemandem entgangen sein.

Neu ist, daß ein großer Teil der organisierten Linken dies offenbar vergessen oder verdrängt hat. Jedenfalls sehe ich nicht, daß von ihnen die staatlichen Disziplinierungsmaßnahmen als Teil der Kapitalstrategie erkannt werden. Herrschaft in ihrem Sinne braucht mehr denn je gefügte Arbeitnehmer_innen, da die Legitimität dieser Herrschaft erodiert. Weshalb dieser Zusammenhang in Bezug auf die C-Maßnahmen nicht gesehen und nicht angemessen darauf reagiert wird (der Absturz der Linken bei den Bt-Wahlen ist ein Indiz dafür), darüber kann mensch viel spekulieren. Es gibt sicher zahlreiche Gründe dafür. Ein wesentlicher ist, daß eine große Propagandamaschine, die fast alle Teile der veröffentlichten Meinung erfaßt und einbezo-

gen hat, eine Aufklärung zunehmend erschwert. Auf Details einzugehen, würde hier zu weit führen.

Sie erschwert auch die Bildung gewerkschaftlicher Gegenmacht. Was wir gegenwärtig erleben, ist die Spaltung der Gesellschaft, neben der immer schon vorhandenen im sozialen Bereich, auch in neuen Bereichen: Die Verlagerung des Risikos jeder Art auf die abhängig Beschäftigten und auf die ganz oder teilweise aus dem regulären Betrieb der Megamaschine Herausgefallenen. Die Spaltung wird von den Herrschenden erfolgreich auf die ihnen Untergebenen abgewälzt. Sie, die Beschäftigten, die den Mehrwert erarbeiten, die kleinen Gewerbetreibenden, die Kulturveranstalter, die Restaurant- und Cafëbesitzer_innen u.v.m. betreiben auf Geheiß der Obrigkeit eigenständig die Selektion und Entsolidarisierung (siehe G2, G3-etc). Das nannte man früher Apartheits-Politik. Was ist es anderes?

Ein gelungener Schachzug der Herrschenden – zugegeben! Und viele, auch Linke (sollte man besser sagen: ehemalige Linke?), machen ausdrücklich, manche sogar missionarisch mit („Zero-Covid“-Anhänger, irrefeleitete „Antifas“).

Ich habe keine Hoffnung, daß sich dieser Zustand so schnell ändert. Er wird die Politik, egal unter welcher Führung, auf Jahre hinaus bestimmen. Opposition hat sich in Luft aufgelöst bzw. ist in die innere Emigration gegangen.

Wissenschaftlich ist längst erwiesen, und zwar schon seit der berühmten Bestandsaufnahme des Beamten aus dem Ministerium für Gesundheit im Mai letzten Jahres und seitdem vielfach bestätigt, daß Risiken und Nebenwirkungen des Lockdowns und der Impfkampagne größer und schwerwiegender sind – vor allem langfristig – als die versprochenen positiven Wirkungen. Die Möglichkeit, auf alternative, also eigentlich klassische Impfstoffe bzw. Medikamente zurückzugreifen, wird verhindert (nicht zugelassen), vermutlich aus Wettbewerbsgründen. Hier auf Details einzugehen, erspare ich mir jetzt ebenfalls. Es wäre wohl auch müßig. Ein aufgeklärter Mensch müßte die Fakten kennen. Sie sind aber offiziell nicht erwünscht, werden geleugnet, unterdrückt oder wo das gar nicht mehr geht, schlicht verboten zu publizieren. Die Beispiele für Presse- und Zensur der Meinungsfreiheit häufen sich gerade und sie werden in naher Zukunft noch verschärft (eine staatlich gelenkte Aufsichtsbehörde über Fakten bzw. fake news ist in Planung und bereits in Aktion – George Orwell läßt grüßen!).

Auf den Nachdenkseiten.de häufen sich in letzter Zeit die Berichte darüber. Ich verweise auf den Blog von Norbert Häring (siehe z.B. nachdenkseiten.de/ Hinweise des Tages vom 20.10.).

Was wir erleben, ist also ein Rückfall ins Mittelalter, auf dem Weg in einen neofeudalen Obrigkeitsstaat. Freiheit im modernen Sinne bedeutet Unterordnung unter die von oben gesetzten Direktiven, ist Gehorsam. Individuelle Freiheit bedeutet in dieser Gesellschaft perspektivisch höchstens, daß sich jede und jeder im Stillen in seiner/ihrer politischen Blase „sonnt“.

Ich mache die Erfahrung auch mit Kollegen: Daß sie nur noch selten bereit sind, sich gegenseitig zuzuhören. Sie erkennen nicht, daß wir uns damit allesamt in Sackgassen verrennen. Joachim Geffers will – und damit komme ich zur GEW und HLZ im besonderen zurück – sogar nicht einmal mehr die Freiheit zugestehen, sich um die körperliche und seelische Gesundheit selbst zu kümmern. Aufklärung über das, was die Immunabwehr stärkt, nämlich ein bewußter persönlicher Lebensstil, frei von Angst und Panikmache, findet gegenwärtig so gut wie nie statt. Das setzt unabdingbar eine freie Entscheidung darüber voraus, ob ich meine körperliche Unversehrtheit selbst schütze. Durch die Impfungen wird sie nicht geschützt – im Gegenteil. Das weisen neueste Studien aus GB, Israel und den USA aus. Andere europäische Länder ziehen daraus bereits Konsequenzen. Wer wissen will, was Menschenleben für die chemische und pharmazeutische Industrie bedeuten, muß sich nur die unendliche Liste von tödlichen Übergriffen und Folgen toxischer Arzneimittel und Herbizide anschauen.

Es gibt sicher eine ganze Reihe anderer Themen, für die die GEW streitet und für die es lohnt einzutreten, auch für Pensionär_innen. Doch die menschengemachte „C-Krise“ wird auch in absehbarer Zeit alle anderen Themen überlagern. Diese hat schon jetzt zu einer „verlorenen“, weil traumatisierten jungen Generation geführt. Die Psychotherapeut_innen können ein Lied davon singen, ihre Praxen bzw. die Wartelisten sind übervoll. Nutznießer sind allein die Kapitalbesitzer. Sie werden ihre Privilegien durch das bewährte Instrument „Teilen und Herrschen“ zu stabilisieren wissen. Ich wünschte, die GEW könnte sich ausdrücklich davon distanzieren!

Allein eine Gesprächsbereitschaft seitens der GEW-Führung und des Schriftleiters der HLZ könnte mich in meiner Entscheidung noch umstimmen. Sie müßten zuvörderst anerkennen, daß es nicht akzeptabel ist, Geimpfte und Nicht-Geimpfte gegeneinander auszuspielen (siehe die unheilige G-2-Regel!) und daß das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit nach wie vor gültig sein sollte und gerade bei Kindern und Jugendlichen oberste Priorität genießen muß. Das heißt in der Kon-

sequenz: Hände weg, Kids und Jugendliche bzw. deren Eltern zur Impfung zu nötigen.

Und Schluß mit den Maßregelungen und der Angstmacherei ihnen gegenüber.

Mit kollegialen Grüßen, HOLGER ROHRBACH

Moin Holger,

wenn du meinen Text (Aus dem Furor...) richtig gelesen hast, wird dir die Formulierung: „Man hat sich anders entschieden“ nicht entgangen sein. Daraus konnte jede_r Leser_in schließen, dass das Thema auch in den GEW-Gremien hart umkämpft ist. Ich auf jeden Fall konnte mich wiederholt mit meiner Position des 2G für alle GEW-Veranstaltungen nicht durchsetzen. Das ist für mich enttäuschend, aber ich werde nicht nachlassen, für meine Position zu kämpfen. Das wünschte ich mir auch von dir, der du in dieser Frage direkt mein Gegenspieler bist. Ich betone: zu diesem Thema! Deine übrigen Einlassungen, was die Machtstrukturen und die damit verbundenen Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft betrifft, teile ich weitgehend. Und das macht die Diskussion um Covid 19 besonders. Wir führen eine Auseinandersetzung unter nahezu Gleichgesinnten.

Da du mich direkt angesprochen hast, ich zitiere: „J.G. will (...) sogar nicht einmal mehr die Freiheit zugestehen, sich um die körperliche und seelische Gesundheit selbst zu kümmern.“ – Ja, das ist bezogen auf das Impfen gegen Covid 19 richtig, dazu stehe ich! Für mich hört die Freiheit des Einzelnen dort auf, wo er oder sie andere durch das eigene Handeln unmittelbar gefährdet und – wie in diesem Fall – sogar einer tödlichen Gefahr aussetzt. Auf die von dir erwähnten wissenschaftlichen Belege will ich nicht eingehen. Da bin ich ganz deiner Meinung, dass dies den Rahmen einer Auseinandersetzung an dieser Stelle sprengen würde. Mir genügt allerdings die Tatsache, dass es sich bei nahezu allen, die jetzt auf den Intensivstationen liegen, um Nichtgeimpfte handelt. Sie sind für mich die Opfer und zugleich der erschreckende Beweis für das Spiel mit dem Tod, das die Impfgegner_innen betreiben.

Dies wirst du anders sehen. Dieses Recht, deine Meinung dazu kundzutun, will dir niemand nehmen! Dass es nicht einfach ist, wenn man gegen den Mainstream schwimmen muss, erkenne ich an. Diese Erfahrung habe ich oft genug selbst machen müssen und mache sie auch gegenwärtig. Ich finde es aber mehr als schade, wenn du dich deswegen aus einer Gemeinschaft zurückziehst, deren oberstes Anliegen der Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit ist. Dass dies auch dein Anliegen ist, lese ich aus deinen Worten heraus. Ich wünschte also, dass ich auch weiterhin die Grußformel ‚Mit gewerkschaftlichen Grüßen‘ benutzen könnte.

JOACHIM

Moin Holger,

eigentlich wollte ich auf Deinen Brief nicht antworten, da er jetzt aber in der HLZ erscheint, sehe ich mich doch genötigt, darauf einzugehen. Immerhin hast Du uns Vorsitzende ja direkt angeschrieben und die HLZ-Leser_innenschaft, zu der Du ja auch noch (...) gehörst, sollte dann auch lesen können, warum ich bisher nicht darauf reagiert habe.

Über Corona, die Pandemie, den politischen und gewerkschaftlichen Umgang mit ihr usw. wird in der GEW heiß gestritten, das hat Jochen ja auch schon erwähnt und das ist auch richtig und notwendig. Es gibt die verschiedenen Fach- und Betriebsgruppen; diese können Anträge in den GA, Landesvorstand und auf dem Gewerkschaftstag einbringen. Als langjähriges Gewerkschaftsmitglied sind Dir diese Abläufe sicherlich vertraut. Aber auch ich als Vorsitzender kann natürlich etwas einzeln diskutieren. Entscheiden tun aber am Ende die erwähnten Gremien und auch das ist gut so! Was ich nicht mache, ist, mich mit einer Haltung „wenn Du nicht mit mir redest, trete ich aus“ erpressen zu lassen. Das wird zum Einen den obigen Gremien nicht gerecht, zum Anderen finde ich das auch keinen Umgang. Natürlich kann jeder und jede austreten, wenn ihr/ihm Haltungen nicht gefallen oder widersprechen. Das ist dann schade und beendet die Diskussion.

Inhaltlich finde ich es schwer, auf Deinen Brief einzugehen. Wie ich oben schon schrieb, ist eine Diskussion über die gewerkschaftliche Haltung in dieser Pandemie notwendig. Deiner Haltung von der großen Weltverschwörung, die uns zurück ins Mittelalter führt, kann ich (glücklicherweise) in keinster Weise folgen. Du wählst Dich ja auch schon in der Apartheid und spätestens da bin ich dann ausgestiegen. Das wird der Situation in Süd-

afrika in den 70ern in keinster Weise gerecht und Dein Vergleich erinnert mich wahlweise an Naivlinge wie „Jana aus Kassel“ oder rechte Reichsbürger. Sich auf Studien zu berufen, die man nicht zitiert, weil ja „ein aufgeklärter Mensch die Fakten kennen müsste“, kommt auch aus der tiefsten Corona-Leugner-Kiste und bestätigt (leider) meinen ersten Eindruck nach der „Apartheid“.

Er bestätigt leider auch meine Erfahrung, als Linker inzwischen schlechte Politik der CDU/SPD-Regierung verteidigen zu müssen. Das kennen wir ja schon. Das war ja leider auch 2015 bitter nötig. Dies inzwischen auch gegenüber Menschen tun zu müssen, die sich selber als Linke verstehen, ist besonders bitter.

Als Gewerkschafter will ich die aktuelle Politik kritisch begleiten, den Arbeits- und Gesundheitsschutz stärken etc. Ich will nicht jeder einzelnen Meinung hinterherrennen, auch nicht jeder Studie, die schon 10x widerlegt ist.

Natürlich ist global die Schere zwischen arm und reich noch einmal kräftig auseinandergegangen. Das Wachsen weniger globaler Konzerne während der Pandemie, während viele immer ärmer werden, ist besorgniserregend (das ist eigentlich noch zu wenig). Das passiert auch nicht „einfach so“ und gehört kritisiert und angegangen. Da wartet viel Arbeit. Das ist aber eine Diskussion für einen anderen Ort und nicht hier, wo ich deutlich machen wollte, warum ich die Debatte nicht so führen werde.

Holger, natürlich möchte ich diese Diskussion auch innergewerkschaftlich mit Dir führen, am Ende ist das aber Deine Entscheidung.

Kollegiale Grüße
BODO HAR

Zweiter stellvertretender Vorsitzender

FACHTAGUNG

ANTISEMITISMUS

Beständiges Vorurteil!? Antisemitismus im Geschichts-, Religions- und Politikunterricht begegnen

Freitag, 19. und Samstag, 20. November 2021

Anmeldung: Veranstaltungs-Nr. 2114X0701